



Muss sich Europa von Amerika lösen?

Süße Versuchungen, lange Verstörung

Der momentane US-Präsident Donald Trump lässt viele Transatlantiker verzweifeln. Am liebsten möchte man mit ihm nichts mehr zu tun haben. Doch Regierungen kommen und gehen. Schnellschüsse sind also zu vermeiden. Das gilt derzeit auch für wohlfeile Vorschläge, das westliche Europa intensiv zu stärken oder sogar ein tragfähiges Bündnis mit Russland zu schmieden.

Natürlich gibt es seriöse Diskussionen über die Zukunft eines stärker auftretenden Europas. Doch leider sind sie uralte, denn von einer „europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ war schon oft die Rede. Wenn es ans Eingemachte geht, tauchen Ängste vor Deutschland auf, werden neue Ängste beim „Zahlmeister Deutschland“ geschürt oder ist man sich aus tausend anderen Gründen nicht einig. Dass man, allgemein gesprochen, mit Russland gut auskommen sollte, ist eine Binsenweisheit. Doch obwohl in Moskau kaum mehr Sowjetideologen sitzen, erlebt man doch allzu oft Signale, die abschrecken, die Annexion der Krim, die neue Brücke von Russland zu dieser Region oder die durchaus vorangetriebene Aufrüstung an Russlands Westgrenze.

Geteilte deutsche Stimmungslage

Ein Faktum ist, dass die gegenwärtige deutsche Debatte über eine Loslösung von Washington gleich hinter der deutschen Ostgrenze schwere Irritationen auslöst. Polen und die baltischen Staaten entflohen nämlich nicht der Herrschaft Moskaus, um jetzt von Deutschland in dessen Greifarme zurückgestürzt zu werden. Etwas mehr Gefühl sollte man von deutschen Politikern und Publizisten schon erwarten können. Ein zweites Faktum ist, dass – unabhängig von Trump – die USA in Absprache mit der NATO derzeit massiv Truppen durch Deutschland nach Polen und in die baltischen Staaten verlegen.

Das hängt damit zusammen, dass die Truppen der US-Operation „Atlantic Resolve“ gegenwärtig ausgetauscht werden und dass zusätzlich jetzt die alljährliche multinationale Großübung „Saber Strike“ fällig ist. Das bedeutet, dass etwa 20.000 Soldaten in Marsch gesetzt werden. Die aus den USA kommenden Truppen wurden in Antwerpen an Land gebracht, was zur Folge hat, dass sie Bayern und die Pfalz durchziehen und weiter nach Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen wechseln, bevor sie die deutsch-polnische Grenze überschreiten. In einem Zeitungsbericht des Tagesspiegels, Potsdamer Ausgabe vom 16. Mai 2018, wurde anschaulich belegt, wie „begeistert“ die Menschen und vor allem die Politiker in Brandenburg reagieren.

BRANDENBURG · BERLIN



Quer durch Deutschland. Insgesamt 2050 Fahrzeuge verlegt das US-Militär in 102 Konvois auf dem Straßenweg nach Polen oder in die baltischen Staaten. Brandenburg ist zusammen mit Sachsen als Knotenpunkt besonders betroffen. Foto: Ralf Hirschberger/dpa

Konvois en masse laut Tagesspiegel vom 16.05.2018

Man geht davon aus, dass 102 Konvois mit insgesamt 2050 Fahrzeugen unterwegs sind und dass diese ihre Zwischenstopps nicht bloß in Kasernen, sondern auch auf Autobahnraststätten durchführen. Die NATO-Truppen werden also offen gesehen, auch wenn der Großteil der Panzer auf der Schiene transportiert wird. Da aber seit der Wende keine Militärkonvois mehr erspäht wurden, höchstens seit der Krim-Krise 2014 wieder kleinere, und da jetzt ausgerechnet „verdächtige US-Soldaten“ in Brandenburg auftauchen, scheitern Versuche, die Bevölkerung „gnädig“ zu stimmen. Da vergisst man auch, dass die Russen in Kaliningrad neue Atom-Raketen installiert haben. Die Russen sind den Brandenburgern eben vertrauter als die Amerikaner – und die Politiker schüren die Gefühle. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) äußerte sein Unverständnis über die Truppenbewegungen. Er wolle lieber „Dialog mit Moskau“ statt „Panzer auf beiden Seiten der Grenze“. Schon gar nicht könne er sich vorstellen, dass die US-Truppen von der Bevölkerung „freudiges Zuwinken“ erleben könnten. Sogar einen gemeinsamen Empfang mit der Bundeswehr – immerhin sitzt das Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow bei Potsdam – hatte er abgelehnt. Nebenbei bemerkt die verkehrte Welt: die GRÜNEN in Brandenburg kritisierten inzwischen, dass die dortige Regierung zu sehr an Moskau klebe.

Polen und baltische Staaten haben kein Interesse an engerem Bündnis Berlin-Moskau

Fällt die deutsche Politik wieder zurück in Zeiten, als man sich „den Osten“ aufteilte? Dieses Mal mit der Überschrift „Aus Not nach Moskau, weil Washington böse ist“? Man wünscht sich kühl denkende Politiker in Berlin, bei allen Parteien, auch in der CSU. Von letzterer hört

man wenig Erhellendes zur Außenpolitik. Die verstörenden Besuche von Horst Seehofer bei Putin oder Orban sind zwar abgehakt, aber von einer „Strategie“ ist nichts zu entdecken. Dabei steht nichts anderes als die deutsche und die bayerische Sicherheit auf dem Spiel. Mag der Islam das neue Schreckgespenst Bayerns sein, so ist nach wie vor die Angst der Osteuropäer vor dem unmittelbaren und erlebten Nachbarn Russland eine Konstante deutscher Politik. Das muss alles bedacht werden. Und klar ist auch: nach Trump kommt wieder jemand anderer. Die deutsche Politik muss also langfristig planen. Eurasien kann nicht ihr Interesse sein. Auch wenn Gerhard Schröder andere Erkenntnisse hat, weil er inzwischen bis nach Südkorea denkt, dann ist das transatlantische Bündnis trotzdem der Grundpfeiler der deutschen Stabilität. Auch weil Warschau oder Riga ähnlich denken!

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de